

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.: 7/2022

Sitzung: Gemeinderat

Datum: 28.06.2022

Zeit: 19:00 Uhr – 21:00 Uhr

Ort: Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54

Vorsitz: Bürgermeister Volk

Mitglieder anwesend:

Grüne
Stadträtinnen Geißler (bis TOP 3), Groesser, Schlüchtermann, Weber und Dr. Welter;
Stadträte Konrad und Schmitz (ab TOP 4),

FW
Stadträtin Stephanie Streib,
Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl,
KH Streib und Wachert

CDU
Stadträtinnen Weichert, Oppelt und von Reumont,
Stadträte Bernauer, Schendzielorz und Wagner

SPD
Stadträtin Striegel,
Stadträte Bergsträsser, Hertel, Hornung und Schimpf

Linke
-

Ohne Fraktionszugehörigkeit
-

weiter anwesend: Herr Hauser (TOP 6), Herr Reess (TOP 7),
Herr Seidel (TOP 9)

Mitglieder entschuldigt: Stadträtinnen und -räte Katzenstein, Linier,
La Licata, Fritsch

Urkundspersonen: Stadträte Schendzielorz und Schimpf

Sachvortrag:

Schriftführerin: Frau Thiele

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Sitzung um 19 Uhr. Zur Bürgerfragerunde gibt es keine Fragen aus dem Publikum.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 06/2022 vom 24.05.2022**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 06/2022 vom 24.05.2022 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: **Beratung:**

2.3: **Beschluss:**

Der Bürgermeister verliest die Beschlüsse laut der Vorlage.

3: **Ausscheiden von Frau Heike Geißler aus dem Gemeinderat**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

3.2: **Beratung:**

Stadträtin Geißler verlässt wegen Befangenheit die Sitzungsrunde.

Der Bürgermeister sagt, Frau Geißler verlasse auf eigenen Wunsch den Gemeinderat zum 31. Mai 2022. Dem Wunsch entspreche man gerne, wenn auch schweren Herzens. Allen würden viele Projekte, insbesondere, das Naturbecken im Freibad, in Erinnerung bleiben, die sie mit eigenen Vorstellungen vorgebracht habe. Ehrenamtliche Tätigkeiten in verschiedenen Organisationen und im Gemeinderat nähmen viel Zeit in Anspruch. Nicht immer sei dies mit dem Berufsleben zu vereinbaren. Er bedauere das Ausscheiden von ihr sehr, bedankt sich für die geleistete Arbeit und wünscht alles Gute für die Zukunft. Anschließend überreicht er ihr eine Urkunde und ein kleines Geschenk von der Stadt.

Frau Geißler bedankt sich bei Bürgermeister und Gemeinderat für die Gespräche und die Zusammenarbeit. Es habe auch hitzige Diskussionen gegeben, doch das sei eben gelebte Demokratie. Manchmal sei es schwer gewesen, wenn die Sitzungen so lange gingen. Sie wünsche allen daher für die Zukunft, dass man schnell auf den Punkt komme und möchte sich wegen der langen Tagesordnung selbst kurzfassen und für die schöne Zeit bedanken.

Stadträtin Schlüchtermann bedauert, Frau Geißler im Namen der Grünen zu verabschieden zu müssen und würde auch weiterhin gerne weiter mit ihr arbeiten und streiten. Ein Ehrenamt nehme aber viel Zeit in Anspruch. Wandernd, laufend und radelnd treffe man sie für gewöhnlich. Für die Umwelt sei Frau Geißler eine unnachgiebige Streiterin, die beharrlich ihre Meinung vertrete, die Hand und Fuß habe. Der Wald brenne ihr besonders unter den Nägeln. Ihre Treffen mit Förstern und Experten seien für die Fraktion eine wertvolle Arbeit gewesen, für die man sich bedanke. Ebenso sei sie auch Expertin für Bienen geworden und immer mit Bürger*innen in Kontakt gewesen. In diesen Zusammenhang wird an den Spitznamen „Johanna von den Streuobstwiesen“ erinnert. Frau Geißler habe sich sehr für das Stadtleitbild engagiert, wodurch sie selbst zu den Grünen gekommen sei. Weiterhin erinnert sie an den Bolzplatz für die Weststadt, für den sogar schon ein Bagger bestellt worden sei. Doch leider wurde aus dem Projekt nichts. 2018/2019 sei man zusammen auf die hinteren Plätze der Liste gekommen, wo man eh nicht gewählt würde. Nun wären beide aber doch im Gemeinderat gelandet.

Stadträtin Schlüchtermann überreicht Frau Geißler einen Kalender mit 12 Waldspaziergängen als Abschiedsgeschenk der Fraktion.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag von Frau Heike Geißler auf Ausscheiden aus dem Gemeinderat aus wichtigem Grund gemäß § 16 Abs. 1 GemO zum 31. Mai 2022 zu.

4: **Nachrücken von Herrn Thomas Schmitz in den Gemeinderat**

- **Feststellen eventueller Hinderungsgründe nach § 29 der Gemeindeordnung**

- **Verpflichtung durch den Bürgermeister**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

4.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

4.3: **Beschluss:**

Nach dem Ausscheiden von Stadträtin Geißler zum 31.05.2022 rückt Herr Thomas Schmitz als nächster Ersatzkandidat im Wohnbezirk Neckargemünd zum 01.06.2022 in den Gemeinderat der Stadt Neckargemünd nach.

Der Gemeinderat stellt gem. § 29 Abs. 5 GemO fest, dass für das Nachrücken von Herrn Schmitz keine Hinderungsgründe bestehen.

Der Bürgermeister verpflichtet Herrn Schmitz auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten gem. § 32 Abs. 1 der Gemeindeordnung.

5: **Umbesetzung von Ausschüssen**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

5.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat wählt im Wege der Einigung die in der Vorlage genannten Gemeinderäte und Bürger zu Mitgliedern bzw. zu stellvertretenden Mitgliedern der betreffenden Ausschüsse. Die Nachbesetzungen für die Kommissionen werden von den Fraktionen benannt; eine Wahl ist nicht erforderlich. Die von den Umbesetzungen nicht betroffenen bisherigen Besetzungen sollen unverändert bleiben.

6: **Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen auf Änderung der bestehenden Stellplatzsatzungen**

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Stadtrat Konrad stellt, im Namen der Fraktion, die in den Satzungen vorgegebenen Anzahlen der zu errichtenden PKW-Stellplätze in Frage. Er bezieht sich dabei auf die Vorgabe, dass ab einer 3-Zimmer-Wohnung zwei Stellplätze notwendig seien. Aus Sicht der Fraktion sei das zu viel. Daher beantrage man das Streichen von §3 Abs. 1 mit der Begründung, der Straßenraum solle dem Menschen gehören, PKW-Stellplätze daher reduziert werden. Man wolle neuen Wohnraum ohne unnötige Versiegelung schaffen und Hürden zur Nachverdichtung wegnehmen. Die Satzungen seien in die Jahre gekommen und berücksichtigen auch nicht die Neubaugebiete. Ziel sei es, zu diskutieren, was heute üblich sei, Ideen für eine Beschlussvorlage zu sammeln, um die Satzungen dann anzupassen und zu vereinheitlichen.

[Der eingereichte Antrag auf Änderung der bestehenden Stellplatzsatzungen ist als Anhang beigefügt.]

6.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister erklärt, man würde die Satzungen gerne behalten. Es gebe von einigen die Annahme, die Zahl der KFZ gehe zurück, doch die Zahlen zeigten, das

Gegenteil sei der Fall. Die Zahl nehme weiterhin zu. Den zahlenmäßigen Einbruch 2002 könne man mit einer Bereinigung der Daten erklären.

Stadtrat Konrad bestätigt die Zunahme der PKW-Anzahl. Als Ursache sehe er die Zunahme der Einwohnerzahl. Die Statistik sei somit richtig, aber unvollständig.

Laut dem Bürgermeister könne man derzeit von 0,5 Autos pro Einwohner ausgehen.

Stadtrat Rehberger sagt, er könne den Antrag verstehen, er sei gut gemeint, gehe aber an der Realität vorbei. Man solle nicht glauben, dass Stellplätze reduzieren zu weniger Autos in Neckargemünd führe. Das sehe er so nicht. Laut Statistik nehme die Zahl der PKW zu. In Pendlerhaushalten seien zwei Autos die Regel. Was passiere, wenn wir die Stellplätze reduzieren? Der öffentliche Parkdruck würde größer werden, wie beim Schulzentrum, oder allseits würde gefordert, dass die Stadt Parkflächen schaffen solle. Die Versiegelung nehme dadurch nicht ab. So sei es wahrscheinlicher, dass ein Bauunternehmen dann mehr Wohnungen auf gleicher Fläche baue, was noch mehr Autos zur Folge hätte. Man müsse in Neckargemünd, anders als in einer Großstadt, mit vielen Autos leben. Schichtarbeiter hätten hier keine ausreichende Möglichkeit mit dem ÖPNV und bräuchten ein Auto.

Stadtrat Wagner bedankt sich für den Antrag. Ungenutzte versiegelte Flächen seien der Fraktion ein Dorn im Auge, und Raum sinnvoll zu nutzen, sei in aller Interesse. Raum für Menschen sei Lebensraum. Man sehe das differenzierter und sei ähnlicher Meinung, dass sich in erster Linie Investoren über weniger Parkplätze freuten. Man dürfe nicht nur Autos sehen, sondern auch Lastenräder bräuchten Platz. Die gezeigten Zahlen sprächen gegen den Antrag. Die Auseinandersetzung hielte er mit mehr Fakten und Daten für sinnvoll. Viele Leute hätten ein, zwei oder auch mehrere Autos und man wolle nicht vorschreiben, wie viele sie haben dürfen.

Stadtrat Hertel versteht den Wunsch nach einer möglichst schnellen Verkehrswende und fragt nach den Zahlen zum Beschluss der Satzung 1996 und vergleicht damit die Zahlen von 2000 und 2022, wobei deutlich erkennbar sei, dass die Zahl der PKW weiter zunehme. Lediglich die Zahl der Neuzulassungen sei durch Corona zurückgegangen. Seit die Satzungen gelten, habe die Anzahl der PKW zugenommen und die Situation auf den Straßen sich verschlechtert. Die weitere Entwicklung könne jetzt noch nicht eindeutig abgeschätzt werden. Mit der Verschiebung zu mehr E-Mobilität könne der Bedarf an wohnungsnahen Stellplätzen zum Laden wachsen: so dass Garagen zum Autoladen aufgeräumt werden und nicht mehr als Lagerfläche dienen, oder kostenpflichtige Tiefgaragenstellplätze eher genutzt würden. Dies würde bei deutlicher Umstrukturierung die Fremdnutzung von Straßenraum reduzieren. Dann könne man über die Änderung der Satzungen sprechen und evtl. auch ungenutzte Parkflächen renaturieren. Weiterhin stimme er Stadtrat Wagner hinsichtlich dem Platzbedarf von Lastenrädern zu. Bei Mehrfamilienhäusern stelle er sich die Frage, ob eine höhere Anzahl an Parkplätzen nicht eher zu einer Tiefgarage führe, wodurch die versiegelte Fläche kleiner ausfalle. Sollte die Zahl der PKW abnehmen, könne man immer noch die Vorgabe reduzieren.

Stadtrat Schmitz kann die Argumente von Stadtrat Hertel nachvollziehen. Erst mal abzuwarten und dann zu reagieren, halte er nicht für richtig. Man habe auch eine gestalterische Aufgabe und solle nicht nur im Nachhinein Dinge geradebiegen. Es sei zu überlegen, was im öffentlichen Straßenraum passiert. Auf Grundstücke bezogen sprächen alle Argumente für den Antrag. In erste Linie gehe es nicht um Neubauvorhaben, sondern die Chance, Türen für Erweiterungen und Aufstockungen zu öffnen, damit mehr Wohneinheiten entstehen könnten.

Herr Hauser antwortet, Erweiterungen seien in der Landesbauordnung (LBO) geregelt. Bei Anbau seien keine weiteren Stellplätze gefordert. Die Satzung greife nur bei Neubau.

Stadträtin Groesser widerspricht dem Beispiel Schulzentrum, denn hier gehe es um private Gebäude. Fahrradstellplätze hätten eine eigene Rechtsgrundlage, und für einen Neubau brauche es nach LBO Fahrradplätze. Man dürfe nicht vergessen, man wolle mit dem Vorschlag Stellplätze pro Wohneinheit festlegen und nicht mehr pro Zimmer. Auch in einer 3-Zimmer-Wohnung könne man alleine leben, müsste aber aktuell 2 Stellplätze nachweisen. Es stehe ja frei, mehr Parkplätze zu machen.

Der Bürgermeister fragt, ob es möglich sei, Stellplätze wie bei gewerblichen Objekten abzulösen, und schlägt eine Option mit z.B. 7.000 € vor. Laut Herr Hauser besteht dafür keine Gesetzesgrundlage.

Stadtrat Konrad bedankt sich für die Diskussion und stellt klar, dass Stellplatz nicht gleich Stellplatz sei. Es müsste nach Ein- und Mehrfamilienhäusern unterschieden werden. Außerdem solle nicht die finale Anzahl, sondern die Mindestmenge an Stellplätzen damit geregelt werden. Nach LBO reiche nur ein Stellplatz, bei 0,6 PKW pro Einwohner sinnvoll, und man fordere ja einen Stellplatz.

Stadträtin Dr. Welter kritisiert, dass in dieser Runde zu viel ideologisiert werde. Grüne würden lediglich weniger Autos im Straßenraum fordern. Man solle sich an Fakten orientieren. Die Gefahr bestehe, dass Investoren mehr Wohnungen als Parkplätze bauen. Doch wolle man ja mehr Wohnraum schaffen und die Straßen seien ja bereits versiegelte Flächen und böten Platz für Autos. Solle man da lieber noch mehr versiegeln?

Stadtrat Dr. Rothe bewertet die Situation am Gymnasium anders: Es sei ein Feldversuch, bei dem nun feststehe, dass die Leute nicht aufs Auto verzichten, wenn man es unbequem mache. Als weiteres Beispiel für mangelnde Parkplätze nennt er die Straße Im Franz-Vollmer. Hier würden Autos auf der Straße stehen und bei Gegenverkehr könne man nicht ausweichen. Man müsse bedenken, mit dem ÖPNV komme man nicht überall hin, oft sei ein zweites Auto notwendig.

Stadtrat Wagner widerspricht Stadträtin Dr. Welter. Sie solle nicht politisieren, man sei für eine Diskussion offen, habe nicht nur Schwarz-Weiß-Denken.

Stadträtin Striegel stimmt Stadtrat Wagner zu. Man solle nicht alles schwarzsehen. Parkpätze zurück auf die Straße verlegen halte sie für eine Gefährdung für Kinder und Radfahrer. Autos fahren auf der Straße, sollen da aber nicht parken.

Stadtrat Hertel weist die Kritik ebenso zurück. Er sei nicht ideologisch, sondern habe Zahlen geliefert. Die Straßen seien voll, was so nicht gewünscht sei. Man brauche auf der Straße Platz für Fußgänger sowie Radfahrende und nicht für parkende Autos. Selbst die erhöhte Anzahl von Stellplätzen in den Satzungen aber reiche immer noch nicht, um volle Straßen zu vermeiden. Er würde auf keinen Fall etwas wegnehmen. Die Situation für Autos zu verschlechtern, helfe nicht bei der Reduzierung der Anzahl. Man müsse den ÖPNV verbessern und nicht einen Schritt vor dem anderen gehen. Jetzt werde Platz gebraucht, später könne man dann renaturieren.

Der Bürgermeister hält die Diskussion für ausreichend für ein Stimmungsbild, wie dieser Antrag gesehen werde. Der Antrag sei zum Teil etwas unsauber – der zweite Teil sei der wichtige. Nach dem Austausch der Argumente aller Fraktionen müsse die Diskussion im Technischen Ausschuss weitergeführt werden.

Herr Konrad wiederholt noch einmal, dass man mit diesem Antrag nicht bereits vorhandene Parkplätze wegnehmen wolle, sondern nur in Bezug auf Neubauten.

Laut Herr Hauser sei die Verwaltung eher dagegen. Der Grund für die Satzung sei eine Änderung der LBO gewesen, die weniger Stellplätze vorsehe. Es sei eine Reduzierung der Stellplätze im Verhältnis zur erwarteten Verdichtung in der Kernstadt befürchtet worden. Dem habe man entgegenwirken wollen. An der damaligen Begründung habe sich nichts geändert. Es gebe immer noch Probleme beim Parken, womit der Grund für die Satzungen weiter bestehe. Man wolle ebenso weg vom Auto. Er schließt sich der Auffassung von Stadtrat Hertel, dass man hier den 2. Schritt vor dem ersten gehe, an. Die Satzung betreffe Verdichtungen im Stadtkern durch Mehrfamilienhäuser. Investoren würden Wohnungen bauen, egal mit welcher Stellplatzzahl. Nach dem Verkauf habe man dann den Streit um Parkplätze. Änderungen halte er für verfrüht.

Der Bürgermeister erläutert das weitere Vorgehen: man gehe im September in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr, wo das Thema auf die Tagesordnung komme, um eine Empfehlung für den Gemeinderat auszuarbeiten.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat legt einvernehmlich fest, dass die Thematik der Stellplatzsatzungen in der September-Sitzung im Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr behandelt werden soll, mit dem Ziel, eine Empfehlung an den Gemeinderat zu erarbeiten.

7: **Ausbau Glasfasernetz**

7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

7.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister weist auf die schwierige Situation in Neckargemünd hin, da Wiesenbachertal und Waldhilsbach zwar sehr gut ausgebaut seien, andere Ortsteile jedoch nicht. Ein geförderter Ausbau sei nur für einen Teil (rot markierte Bereiche) möglich. Dieser liege bei 90% bzw. bei ca. 80%, wenn man Planungskosten mit einberechne. Bei einem kompletten Ausbau ergäben sich Kosten von insgesamt ca. 25 Mio. €, von den 5 Mio. € bei der Stadt bleiben würden. Dann würde das Netz Neckargemünd gehören. Zwei Ausbauunternehmen stehen nun in der engeren Wahl. Kritisch sei die Definition des Ausbaubereiches gewesen, da Waldhilsbach, Dilsbergerhof und Mückenloch auf Grund der wenigen Haushalte und großer Entfernungen keiner machen wolle. Kernstadt und Kleingemünd seien kein Problem. Man habe sich nun mit diesem eigenwirtschaftlichen Ausbau auf 98% einigen können. Die Aussiedlerhöfe seien nicht drin.

Stadträtin Groesser fragt, ob alles ausgebaut würde.

Der Bürgermeister antwortet, jeder im roten Rahmen bekomme ein Angebot für den Glasfaseranschluss, mit dem man sich 24 Monate an das Ausbauunternehmen binde. Für die anschließende Durchführung müsse bei NetComBW ein Vertrag mit 40 % der Häuser und bei Deutsche Glasfaser mit 33% der Haushalte vorliegen.

Die Verwaltung schlage NetComBW vor, da man schon über den Zweckverband zusammenarbeite und man könne verbliebene Bereiche über Lückenschluss anbinden – dabei handle es sich immer noch um ca. 4,8 Mio € (mit Rainbach).

Herr Reess ergänzt, dass man mit NetComBW die letzten Jahre gute Erfahrung gemacht habe. Zu Deutsche Glasfaser gebe es unterschiedliche Meinungen.

Der Bürgermeister führt aus, die Baustelle am Schulzentrum habe NetComBW gemacht, auch in der Julius-Menzer-Straße habe es gut geklappt, in der Schützenhausstraße wäre es weniger gut gelaufen. Im Fragenkatalog sei das berücksichtigt. NetComBW sei zu 100% Tochter von EnBW und das gehöre zum Land.

Stadtrat Wachert berichtet, dass Vodafone den Auftrag habe, Netze auszutauschen, aber man müsse Glasfaser ausbauen. Mit dem vorhandenen Netz komme man nicht weiter. Er unterstütze die Gemeinde bei dem Vorhaben und schätze NetComBW als kompetent ein.

Stadträtin von Reumont erklärt, bei Breitband handle es sich nur um eine hohe Datenrate. Glasfaser gehe über Lichtsignale und sei deutlich leistungstärker. In Waldhilsbach sei ein Teil über Kabel BW ausgebaut. Kupferleitungen verursachten hohen Datenverlust.

Der Bürgermeister betont die Dringlichkeit des Glasfaserausbaus, unabhängig von der Vergabeentscheidung.

Stadträtin Weber fragt, was passiere, wenn Hauseigentümer nun nein sagen und später doch Glasfaser wünschten.

Der Bürgermeister verweist auf das Angebot. Demnach koste es dann 750 € für den Hausanschluss.

Stadträtin Weber fragt nach den Folgen beim eigenwirtschaftlichen Ausbau durch Unternehmen.

Laut Bürgermeister sind dies keine Kosten und keine Erträge. Er würde den geförderten Ausbau bevorzugen, da das Netz dann der Stadt gehöre und man daran verdienen könne. Der Ausbau sei jedoch kostenintensiv und könne in der derzeitigen Lage nicht auf einmal finanziert werden. Beim schrittweisen Ausbau stelle sich die Frage, wo man anfangen.

Stadtrat Schmitz ist dies zu kurzfristig gedacht und er kritisiert, dass andere 30 bis 40 Jahre Geld verdienen und staatliche Fördermittel nutzen würden, die Stadt aber einfach nur sage, man habe kein Geld.

Der Bürgermeister widerspricht dem. Fördermittel seien nur für Kommunen und nur für bestimmte Bereiche. Neckargemünd betreffe dies nicht flächendeckend, es müssten aber alle weißen Flecken auf einen Schlag erledigt werden. Mit dem Vorschlag überlasse man einem kompetenten Unternehmen das Feld und mache den Rest selbst.

Stadtrat Schmitz hält es für ein attraktives Angebot. Für die Stadt sei es aber kein gutes Geschäft.

Stadträtin Groesser fragt nach Konzessionsabgaben wie bei Gas, die es laut dem Bürgermeister nicht für Glasfaser gebe.

Stadträtin Groesser spricht den Konflikt Eigentümer will Glasfaser, doch Mieter könne Vertragspartner frei wählen, an.

Herr Reess sagt, der Anschluss würde dann nur bis zum Gebäude ausgebaut.

Stadtrat Wachert ergänzt, es müsse ein Vertragsnehmer da sein, wie man es im Haus verteilt, sei eigene Sache.

Stadtrat Hertel spricht die Konzessionsabgabe an. Das Glasfasernetz würde noch anders bewertet, er gehe aber davon aus, dass es zum Versorgungsnetz werde, was dann Neuausschreibung nötig mache. Dass die Stadt das Netz erhalte, sei nicht ausgeschlossen.

Stadtrat Konrad möchte wissen, wie es die Ortsvorsteher sehen.

Stadtrat Streib sagt, man brauche Glasfaser und die gute flächendeckende Versorgung spreche für NetComBW. Einer der Siedlerhöfe sagte, es lägen schon Leerrohre oder er mache es selber, damit Siedlerhöfe auch Glasfaser bekommen. Es werde auf jeden Fall begrüßt, immer mehr Bürger fragten an, denn wer im Home-Office arbeite, benötige schnelles Internet.

Stadtrat Bergsträsser teilt mit, man habe im Ortschaftsrat noch nicht darüber gesprochen und es befänden sich nur zwei Grundstücke außerhalb des Ausbaubereiches.

Stadträtin von Reumont sagt, Waldhilsbach habe zwei unterschiedlich ausgebaute Teile und zum Teil langsames Netz. Man habe noch nicht darüber gesprochen, wäre jedoch über ein Angebot froh. Mit Home-Office und Gewerbe sei man auf schnelles Internet angewiesen.

Herr Schmitz fragt, ob Leerrohre, die man verlegt habe, für Glasfaser genutzt werden könnten.

Herr Hauser sagt, Leerrohre seien da und würden hinsichtlich ihrer Verwendung geprüft.

Der Bürgermeister ergänzt, dass Leerrohre hinsichtlich Lage, Tiefe und Größe passen müssten. Glasfaser liege in den Gehwegen und weniger tief. Die vor 20 Jahren bei Rainbach verlegten Leerrohre seien zum Beispiel zu klein.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, bei 1 Enthaltung, mit der NetComBW eine Vereinbarung über den eigenwirtschaftlichen Ausbau des Glasfasernetzes im von der NetComBW angebotenen Ausbaupolygon abzuschließen.

Der Gemeinderat beauftragt einstimmig, bei 1 Enthaltung, die Verwaltung, bezüglich der Ausbaubereiche Walkmühle, Kriegsmühle und Neckarhäuserhof gemeinsam mit dem Zweckverband „High-Speed-Netz Rhein-Neckar“ Förderanträge zu stellen, die Ausbaukosten zu ermitteln und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

8: **„fibernet.rn“ Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar Vorberatung der 4. Änderung der Verbandssatzung der Versammlung des Zweckverbandes High-Speed-Netz Rhein-Neckar am 18.07.2022**

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

8.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

8.3: **Beschluss:**

Der 4. Änderung der Verbandssatzung wird zugestimmt.

Herr Bürgermeister Volk wird ermächtigt, das Votum für die Stadt Neckargemünd in der Versammlung des Zweckverbandes High-Speed-Netz Rhein-Neckar am 18.07.2022 entsprechend abzugeben.

9: **Grundsatzentscheidung Julius-Menzer-Straße 3 „Villa Kiwi“**

9.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 5 Immobilienmanagement ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Während der Behandlung des TOPs werden aktuelle Fotos der Villa Kiwi von außen und innen per Beamer-Präsentation gezeigt.

Laut Herr Seidel sei die Villa Kiwi ein Beispiel für Gebäudeabwirtschaftung. Man rate von Abriss ab bzw. sollte diesen nur in Verbindung mit einem Neubau durchführen. Es bestehe aktuell keine Einsturzgefahr. Auf Grund der Gesundheitsgefährdung durch Schimmel sei eine Nutzung ausgeschlossen. Eine Kernsanierung übersteige die Kosten von Abriss und Neubau. Man müsse jedoch das Öl entsorgen und rückbauen. Der Bürgermeister ergänzt, man wolle die Planungsfreiheit des Menzer-Areals erhalten. Für die Jugendwerkstatt suche man neue Räume. Die interne Schimmelbeseitigung sei für dieses Jahr schon ausgebucht.

9.2: **Beratung:**

Stadtrat Hertel sagt, bei dem Gebäude könne man eindeutig nichts mehr machen und fragt nach der Möglichkeit, das Haus zum Beispiel bis auf den Keller abzutragen. Herr Seidel bejaht die Herstellbarkeit des Kellers.

Stadtrat Hertel ergänzt, es solle nichts gebaut werden, das störe. Man könne erst eins und dann auch mehrere mobile Häuser aufstellen, damit das Gelände irgendwie genutzt werde, beispielsweise für Unterbringung und Studenten. Fünf bis sechs könnten hinpassen, was nicht das Projekt Menzerareal gefährde.

Herr Konrad erinnert, für die Fraktion, an die Sorgfaltspflicht der Stadt gegenüber ihren Immobilien, auch wenn im konkreten Fall Herr Seidel nichts dafür könne. Städtische Liegenschaften seien im schlechten Zustand, man müsse für besseren Zustand sorgen, ein Minimum sollte angepeilt werden. Die Entscheidung zur Villa halte er für richtig. Das Gebäude zu sanieren erscheine nicht sinnvoll. Gelände und Gebäude sollten soweit wie möglich genutzt werden. Es sei ein Ort mit viel Potenzial und mittelfristig sollte die Planung angegangen werden.

Stadtrat Schendzielorz berichtet von fraktionsinternen Diskussionen. Grundsätzlich werde zugestimmt. Die beschriebenen Mängel seien eklatant und im kommenden Winter seien noch weitere Schäden zu befürchten. Die Fraktion könne sich für die weitere Nutzung des Areals ein soziales Wohnbauprojekt vorstellen.

Herr Seidel sagt, der hier geltende Flächennutzungsplan sehe Gemeinbedarf (Öffentliche Verwaltung) vor, sei jedoch nicht grundstück- und objektgetreu. Mit einer Bauvoranfrage könne getestet werden, ob es möglich sei.

Stadtrat Rehberger unterstützt den Antrag und warnt davor, mit sozialem Wohnungsbau zu schnell Fakten zu schaffen. Der Bauhof könne auch nicht auf lange Sicht am gegenwärtigen Standort bleiben, leider sei noch kein Platz für die Umsiedlung gefunden. Man müsse das in der Kommission besprechen. Vor einiger Zeit sei ein Hotelkomplex überlegt worden.

Stadträtin Groesser schließt sich Stadtrat Rehberger an. Wenn das Haus so stehen bleibe, müsste das Dach abgedichtet werden. Das Öl müsste weiterhin nicht nur aus dem Tank gepumpt werden, sondern dieser sei auch offiziell stillzulegen. Laut Herr Seidel seien Dach und Fach dicht. Einzelne Ziegel würden gerichtet.

Stadträtin von Remount mahnt, dass schon viele Jahre darüber gesprochen werde. Die vielen Schimmelhäuser seien sehr bitter für die Stadt Neckargemünd. Man müsse nun wirklich zu einer Planung kommen. Der Vorschlag der Fraktion sei, wie von Stadtrat Schendzielorz bereits angesprochen, ein soziales Wohnbauprojekt. Vielleicht müsse man einfach mal Fakten schaffen.

Stadtrat Bergsträsser regt an, nicht nur über das Gebäude, sondern auch die bisherige Nutzung zu sprechen. Wichtig sei, Ersatz für die Villa zu finden, in Form von Containern auf dem Gelände oder andere Räumlichkeiten.

Herr Seidel antwortet, es gebe keinen Leerstand, man sei am Anmieten. Container und Tinyhäuser könne er als Ersatz mit in die Planung aufnehmen.

Der Bürgermeister ergänzt, Ziel sei, das einst in der Villa veranstaltete Jugendangebot (Kinder- und Jugendwerkstatt) zu erhalten. In Moment sei man dabei, hierfür Räumlichkeiten anzumieten. Die Raumsuche sei nicht einfach; man habe in diesem Jahr schon 200 Geflüchtete untergebracht und müsse schauen, wie Kräfte und Budget eingeteilt werden. Das Konzept Villa Kiwi solle weitergehen.

Stadträtin Weber erwähnt die Brennofen der SRH, die man eventuell nutzen könne.

Stadtrat Dr. Rothe hält Bauvorhaben in der aktuellen Situation für falsch. Man kenne doch die Finanzlage und Baupreissteigerungen. Sobald sich die Lage beruhigt habe, könne man darüber nachdenken.

Der Bürgermeister sagt, keiner wolle morgen anfangen zu bauen oder das Gebäude abreißen. Für das Konzept „Villa Kiwi“ werde man Alternativen suchen. Impulse dafür und für die Zwischennutzung wurden gegeben. Dies werde man bis nach den Sommerferien klären bzw. in die Kommission mitnehmen. Der aktuelle Zustand sei sehr traurig, jedoch nicht das Verschulden der letzten Jahre, sondern von Jahrzehnten. Eventuell müsse man sich in Zukunft von alten Gebäuden trennen.

9.3: **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, das Bestandsgebäude Julius-Menzer-Straße 3 stillzulegen und zunächst keine weiteren Maßnahmen vorzunehmen. Zusätzlich wird die Verwaltung beauftragt, Alternativräumlichkeiten für das Konzept „Villa Kiwi“ für die Kinder- und Jugendarbeit zu suchen und die gegebenen Impulse für eine Zwischennutzung zu prüfen.

10: **Vorberatung der 154 Sitzung der Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg am 21 Juli 2022 um 15.00 Uhr.**

10.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

10.2: Beratung:

Stadtrat Schmitz fragt, ob es wegen der hohen Kosten nicht vorerst so weiterlaufen und die Ausschreibung verschoben werden könne.

Der Bürgermeister antwortet, man müsse die vierte Reinigungsstufe erreichen. Es sei wichtig, wie sauber das Wasser in den Neckar komme. Sämtliche Schadstoffe müssten raus und intern werde schon die 5. Stufe diskutiert. Im Landesvergleich schneide man jedes Jahr gut ab. Es wisse niemand, ob es billiger wird.

Stadtrat Schimpf unterstützt den baldigen Beginn. Die Qualität des Zweckverbandes sei gut. Die Summe für die vierte Reinigungsstufe sei enorm, jedoch sei der Zweckverband deutlich größer und Neckargemünd liege bei ca. 5% Beteiligung, im Gegensatz zu Eppelheim mit 20%.

Stadtrat Bergsträsser sagt, die Reinigung von Wasser sei eben so teuer.

Stadtrat Konrad schließt sich Stadtrat Schimpf an. Diese Reinigungsstufen sei essentiell wichtig.

10.3: Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt folgendes Abstimmungsverhalten der Stadt Neckargemünd in der 154. Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg am 21.07.2022, 15 Uhr, im Sitzungssaal des Klärwerks Nord, Heidelberg.

TOP	Beratungsgegenstand	Zustimmung /Ablehnung	
A 1	Verpflichtung neuer Mitglieder	Kenntnisnahme	
A.2	Feststellung der Eröffnungsbilanz zum 01. Jan. 2020	Kenntnisnahme	
A 3	Haushaltsjahr 2021 - Mündlicher Bericht über den vorläufigen Jahresabschluss	Kenntnisnahme	
A 4	Haushaltsjahr 2021 - Übersicht über das anteilige Vermögen und die Anteiligen Schulden am Abwasserzweckverband Heidelberg	Kenntnisnahme	
A.5	Energie und Wasser für Betrieb - Inanspruchnahme der Verlängerungsoption für die Belieferung des Klärwerks Heidelberg mit Strom für 2023	Kenntnisnahme	
A.6	Flockungsmittel und Betriebschemikalien -Vergabe des Lieferauftrags für die Zeit vom 01.09.2022 - 28.02.2023	X	
A.7.	Einrichtung einer vierten Reinigungsstufe -Vergabe der Rohbau-, Erdbau- Gründungsabreiten	X	
A.8.	Fahrzeuge Kanalunterhaltung -Maßnahmengenehmigung für die Ersatzbeschaffung des Hochdruckspül- und Saugfahrzeuges SP 2	X	

	- Beschluss nach §8 Abs. 1 Satz 1 der Verbandssatzung zur Vergabe der erforderlichen Lieferaufträge		
A.9.	Informationen über die Prolongation eines Förderdarlehens	Kenntnisnahme	
A 10	Verschiedenes		

11: Mitteilungen und Anfragen

11.1 Mückenloch: Bestattung am Samstag

Stadtrat Bergsträsser bittet darum, auch Bestattungen am Samstag möglich zu machen. Aktuell sei dies ausgeschlossen und die Zeiten, freitags für eine Bestattung Urlaub zu nehmen, seien vorbei. Der Bürgermeister verspricht, er werde sich dafür einsetzen.

11.2 Begehung der Villa Menzer

Stadträtin Schlüchtermann bittet um Begehung und fragt nach dem Stand fürs Trauzimmer. Der Bürgermeister stellt eine Begehung in Aussicht. Man befinde sich in der konkreten Planungsphase und eine Umsetzung solle bis Februar 2023 abgeschlossen sein. Die Villa Menzer solle ertüchtigt werden, ohne etwas zu verbauen. Treppe und Sanitäranlagen müssten saniert werden. Café, Trauzimmer und Co-Working-Spaces seien geplant. Im Juli solle das Konzept vorliegen.

11.3 „Private“ Blaue Tonne für Papierabfälle

Laut Stadtrat Schimpf werden derzeit Werbezettel zur blauen Tonne eines Privatunternehmens in der Altstadt verteilt. Nachbarn seien zu warnen, denn das was das private Unternehmen nicht abnehme, müsse man mit erhöhten AVR-Gebühren zahlen. Der Bürgermeister bestätigt, dass eine Privatfirma versuche, über Wurfsendungen an Papier zu kommen. AVR habe eine hohe Recyclingquote und das Papier soll in Zukunft auch dort landen.

Stadträtin Dr. Welter fragt nach, ob die AVR wirklich trenne, da auf dem Flyer thermische Verwertung angegeben sei.

Der Bürgermeister bestätigt die Mülltrennung durch die AVR und schlägt eine Exkursion vor.

11.4 Klimaschutztagung

Stadträtin Groesser weist auf den fehlenden Bericht zur Klimaschutztagung hin und kritisiert, dass oft versprochene Protokolle nicht verteilt werden.

Der Bürgermeister verspricht, dass die Protokolle schnellstmöglich nachgereicht werden.

11.5 Photovoltaikanlagen Deponie Mückenloch, Stadion, Freibaddach

Stadtrat Konrad fragt nach dem Sachstand.

Der Bürgermeister berichtet, man sei mit der KLiBa in Kontakt und werde an ein Architekturbüro herantreten, um die Deponie Mückenloch komplett zu überplanen. Man versuche, das gesamte Gelände zu überplanen, womit Mückenloch rechnerisch fast ganz autark wäre. Ein Bebauungsplan-Entwurf solle erstellt und Fördermöglichkeiten geklärt werden. Ziel sei es, dauerhaft Einnahmen zu generieren. In Mückenloch gebe es schon Angebote seitens genossenschaftlicher Träger, sich an großer Anlage zu beteiligen. Noch offen sei die Lage im Stadion. Hier müsse man mit dem Land die Teilnutzung klären. Aktuell könnten Freiflächenanlagen nur betrieben werden, wenn man den ganzen Strom auf dem Gelände verbrauche. Eine Teilnutzung mit neun Monaten Strom für das Freibad sei nicht zulässig.

Beim Schwimmbaddach könne schnell in die Umsetzungsphase gegangen werden, da Photovoltaik beim Umbau bereits vorgesehen wurde. Strom werde zu 100% selbst gebraucht.

11.6 Radverkehrsführung Wiesenbacher Straße

Stadträtin Schlüchtermann fragt, ob es eine Rückmeldung zur Wiesenbacher Straße gegeben habe.

Der Bürgermeister antwortet, man sei dran. Es kam eine Antwort, jedoch ohne konkreten Termin. Die Markierung der Radwege solle aber nicht zu lange ausgeschoben werden.

11.7 Verkauf Griechische Weinstube

Stadträtin Oppelt fragt nach dem Sachstand.

Der Bürgermeister antwortet, wegen Baukostensteigerung sei die Situation schwierig. Weitere Informationen könne er in der nicht-öffentlichen Sitzung geben.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadtrat Schendzielorz

Die Schriftführerin

Stadtrat Schimpf